



Wirbel um ÖVP-Infoblatt zu Spitals-Aus

„Klare Fakten“?

„Verwehre mich gegen diese Schlechtmacherei“: Schwere Kritik von Mediziner an Papier für die ÖVP-Basis, das unter anderem mit lückenhafter Leistungsbilanz argumentiert. Von Markus Lohninger

Gmünd - Keine Spur von Sommerloch in der Debatte um das Aus des Krankenhauses Gmünd. Aktueller Stein des Anstoßes ist ein „Argumentarium“ der Volkspartei NÖ an die Parteibasis mit dem Titel „Klare Fakten – Warum das Landesklinikum Gmünd geschlossen wird“.

Das Problem ist aus Kritiker-Sicht nicht nur, dass darin beschriebene Zustände als Folge von Entscheidungen der traditionell VP-geführten Landesregierung gesehen werden: Vielmehr sind diese „Fakten“ nicht vollständig.

Das Blatt sei gespickt mit „unwahren Zahlen und Behauptungen“, schnaubt der Gmünder Gerhard Grubeck unter Berufung auf einen Austausch im kleinen Kreis zwischen der Initiative #lkgmündbleibt und zwei Ärzten des Klinikums. „Mit Verve“ werde daran gearbeitet, „Personal abzubauen und nicht nachzubeseetzen. Und so die Abrissbirne zu schwingen!“ So sei zuletzt die Nachbesetzung der Interne-Leitung mit Nelly Pilgerstorfer nur der Anstrengung des Spitals-teams zu verdanken gewesen.

Mediziner: „Krankenhaus wird bewusst schlechtgemacht.“ Ein von Grubeck angesprochener Mediziner, seit Jahren in führender Position am Klinikum tätig, bestätigt die Darstellung auf NÖN-Nachfrage. Das Argumentarium sei „eine Frechheit“, holt er aus: „Das Gmünder Krankenhaus wird darin bewusst schlechtgemacht, um den Menschen einen Grund zu geben, die Schließung zu akzeptieren. Ich verwehre mich gegen diese Schlechtmacherei.“

Er stehe zu seinen Aussagen, wolle seinen Namen aber in dem Zusammenhang nicht in der Zeitung lesen, um die Unruhe nicht zusätzlich zu befeuern.

Fachkräfte, Nachfrage, Auslastung rückläufig – warum? Als Fakten werden im Blatt unter anderem ein Mangel an Fachkräften und zu geringe Nachfrage genannt, die OP-Säle seien schlecht ausgelastet. Die Mehrheit der Bevölkerung

ziehe es jetzt schon in andere Kliniken. „Händeringend“ müssten Ärzte und Pflegepersonal gesucht werden, wird auch ein Rückgang von Jungärzten und Ausbildungsinteressierten beschrieben. Heuer absolviere nur noch ein Student das Klinisch-Praktische Jahr hier.

Dem hält der Mediziner im NÖN-Gespräch entgegen, dass es seitens des Landes bzw. folglich der LGA keine oder keine wirklichen Bemühungen um eine weitere Zusammenarbeit mit Ärzten vor nahendem Pensionsantritt gebe. So gebe es selbst mit drei stark für den Standort stehenden, leitenden Medizinerinnen – trotz Signalisierung der Bereitschaft zum Weitermachen – keine ernsthaften Gespräche oder Angebote, „es wird gejammert, aber nicht mit den Leuten geredet.“

„Hinterfotzig, uns sowas zum Vorwurf zu machen.“ Die Nachfrage sei primär deshalb gering, weil zentrale Leistungen „von oben“ reduziert bzw. abgezogen wurden, nennt er etwa Unfallchirurgie, Gyn, Kinder, Urologie, Kardiologie, Lunge: „Es ist hinterfotzig, uns sowas jetzt zum Vorwurf zu machen.“

Die von der VPNÖ angeführten Zahlen seien zudem grob unvollständig, verweist er auf verschwiegene 25.000 ambulante Behandlungen im Jahr („Tendenz steigend“), gut 1.000 endoskopische Eingriffe und noch einmal so viele orthopädische Eingriffe, für die der Standort eigentlich bekannt ist.

Sorgen um Erhalt des laufenden Betriebes. Für Gmünd gebe es als Draufgabe – anders als für andere Standorte, wo bereits konkrete Zeitpläne existierten – immer noch nicht mehr als eine Absichtserklärung. Mangels Aussicht auf eine Zukunft am Standort zeichne sich jetzt schon ein Exodus von Fachleuten ab, sorgt sich der Mediziner allmählich um eine Aufrechterhaltung des Betriebes bis zur planmäßigen Schließung.

Bei der Präsentation der Pläne für das Aus des Klinikums und den Neubau einer auf ambulante Leistungen fokussierten, privaten „Gesundheitsklinik“ war von einem fixen Betrieb bis 2030 die Rede.

Diesner-Wais: In Entstehung des Papiers „nicht eingebunden“. Dass die genannten Zahlen unvollständig sind, ist auch der Gmünder ÖVP-Bezirksobfrau Martina Diesner-Wais unangenehm. Sie spricht von mehreren Gemeindechefs, die nach Zusendung des Blattes umgehend ihren Unmut deponiert hätten.

Sie sei in die Entstehung des „Argumentariums“ aber nicht eingebunden und vorab auch nicht informiert gewesen, betont sie – und verweist für Hintergründe an die Landespartei.

VPNÖ geht auf Kritik nicht ein. Deren Pressesprecher Matthias Pfeiler geht auf Nachfrage auf die Vorwürfe und Ungereimtheiten – etwa das Fehlen hunderter Endoprothetik-Operationen in der Leistungsbilanz – nicht ein. Das Blatt diene der Information der Funktionäre im Bezirk, die Zahlen seien die offiziellen Daten der Landesgesundheitsagentur. An diese wird auch für konkrete Auskünfte zu Personalfragen und zum operativen Betrieb verwiesen.

Die LGA bestätigt der NÖN die vom Mediziner genannten Zahlen jedoch. Sie schreibt für das Jahr 2024 eben von 25.000 ambulanten Kontakten, 1.000 endoskopischen „Eingriffen“ (zwei Drittel stationär, der Rest als ambulante Untersuchung, die Großteils auch im niedergelassenen Bereich beim Facharzt möglich sei) und etwa 1.000 orthopädischen Eingriffen. Mehr als ein Drittel davon seien tagesklinisch durchgeführt worden, der Rest habe Hüft- und Knie- bzw. Totalendoprothesen betroffen.

Die Frage, warum diese Zahlen im Infoblatt der Volkspartei nicht genannt sind, liege in der Verantwortung der „Herausgeber dieses Schreibens“.

Dass nicht überall alle Leistungen angeboten werden, sei eine Folge der Schwerpunktsetzungen an den Waldviertler Kliniken. Der Versorgungsauftrag richte sich nach dem Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG), wobei laut Ausbildungsverordnung der Ärztekammer nur noch spezifisch ausgebildete Chirurgen – Unfallchirurgen in der Unfallchirurgie, Herzchirurgen bei Herz-OPs, ... – in ihren Bereichen tätig sein dürfen.

„Wir können niemanden zwingen.“ 22 der 66 Mediziner im Klinikum werden laut LGA bis 2030 das Regelpensionsalter erreicht haben, ein Drittel. Die Möglichkeit zur „Beschäftigung von Bediensteten 65 plus“ sei im Haus bekannt und werde auch genutzt, wird betont: So seien in den vergangenen Jahren mit mehr als fünf pensionierten Ärzten Verträge „65 plus“ abgeschlossen worden, etwa Anfang 2024 mit einem Radiologen, der dann bis Ende 2025 verlängerte. – Man könne aber niemanden zwingen, über das Pensionsantrittsalter hinaus zu arbeiten.

Ziel müsse es sowieso sein, vor allem junge Ärzte zu binden. Daher bemühe man sich laufend um Neuaufnahmen, „Stellen werden ausgeschrieben und alle möglichen Werbemaßnahmen gesetzt“. Ohne umfangreiche Bemühungen und

personeller Unterstützung aus anderen Kliniken sei ein Betrieb schon heute nicht aufrechtzuerhalten.

Gerhard Grubeck ist indes mit seiner Kritik noch nicht am Ende. Er klagt über ÖVP-Bürgermeisterin Helga Rosenmayer. Sie habe das Schreiben des Mediziners keiner Reaktion gewürdigt, lasse die Bitte um Jour-fixes mit der Bevölkerung zu brennenden Themen „in den Schubladen“ verrotten. Immer noch habe auch niemand erfahren, wie Anwälte für die Stadt den einstigen Übergabevertrag zwischen Stadt und Land – Stichwort: Standortgarantie – bewerten.

Die SPÖ gefalle sich genauso in Schweigen, etwa bezüglich der Anregung, Ministerin Korinna Schumann einzuladen.

Rosenmayer: „Noch nie wurde so viel schlechtgeredet.“ Helga Rosenmayer bittet bezüglich Jour-fixe und Rechtscausa Spital noch um Geduld. Ein Schreiben des Arztes zur Schließung habe sie aber nicht erhalten, betont sie: „Ich schätze alle unsere Ärzte, würde einen solchen Brief nicht ignorieren! Sie wissen ja am allerbesten, wie die Darstellung bewertet werden kann.“

Die Situation rund ums Klinikum mache sie „einfach wahnsinnig traurig“, gibt die Stadtchefin Einblick in ihr Seelenleben: „Noch nie wurde in der Stadt so viel schlechtgeredet wie jetzt, und die Krankenhaus-Schließung ist der Auslöser. Sie überdeckt so viel Gutes, das in der Region gemacht wird...“

Von Markus Lohninger